



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND
UMWELT

am Donnerstag, 23.07.2020, 16:00 Uhr, Forum, Bürgersaal

ÖFFENTLICH

TOP 2

Fuchshof "Sport, Grün, Wohnen" -
Entwässerungstechnische Erschließung
- Vergabe von Ingenieurleistungen

Vorl.Nr. 237/20

Beschluss:

Vergabebeschluss

Die Planung der entwässerungstechnischen Erschließung des Wohnbaugebietes Fuchshof wird auf der Grundlage der Entwässerungskonzeption von April 2020 durchgeführt.

Mit der ISTW Planungsgesellschaft mbH, Franckstraße 4 aus 71636 Ludwigsburg wird ein Ingenieurvertrag über die Planungsleistungen zur entwässerungstechnischen Erschließung abgeschlossen. Grundlage ist die HOAI 2013 sowie das Angebot des Büros ISTW vom 26.06.2020. Das Gesamthonorar in Höhe von 210.000,-- € einschl. gesetzl. MwSt. und Unvorhergesehenem wird genehmigt.

Bei Kostenüberschreitungen wird das zuständige Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg.

Beschluss:

Die Planung der Erschließungsstraßen des Wohnbaugebiets Fuchshof inkl. der Planung der Comburgstraße Süd (ehemals Waiblinger Straße Nord) wird durchgeführt.

Das Ingenieurbüro ISTW Planungsgesellschaft mbH, Franckstraße 4 aus 71636 Ludwigsburg wird mit den Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-3 zzgl. der Erstellung eines koordinierten Leitungsplans auf Basis des Angebots vom 17.06.2020 zum Preis von 95.000,-- € (brutto) beauftragt.

Beschluss Haushaltssperre:

Der Aufhebung der Haushaltssperre 2020 für den Investitionsauftrag Erschließung Fuchshof wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg eröffnet BM **Iik** den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt.

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht sind, lässt BM **Iik** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:**Vergabebeschluss:**

Die Baufirma LEONHARD WEISS GmbH & Co. KG, 74589 Satteldorf wird mit dem Bau der Westrandstraße beauftragt. Grundlage des Auftrages ist das Angebot vom 19.06.2020 in Zusammenhang mit den abgegebenen Nebenangeboten Nr. 1 und Nr. 5.

Die Gesamtsumme beträgt:	Angebotssumme	3.084.480,-- €
	+ Unvorhergesehenes ca. 10,2 %	<u>315.520,-- €</u>
		<u>3.400.000,-- €</u> (brutto).

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 100.000,00 € überschritten werden.

Beschluss Haushaltssperre:

Der Aufhebung der Haushaltssperre 2020 für den Investitionsauftrag Westrandstraße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen ist, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadträtin **Gericke** geht auf die angespannte Haushaltssituation ein und empfiehlt das Projekt zeitlich zu verschieben. Derzeit gebe es noch keine Anlieger und Käufer für die Flächen. Nachdem 10% für Unvorhergesehenes eingeplant seien, wünsche sie eine Reduzierung der angesetzten Mehrkosten.

Stadtrat **Herrmann** plädiert für einen heutigen Beschluss und signalisiert seine Zustimmung. Das Projekt vermeide Verkehr und diene dem Klimaschutz. Zudem gebe es einen Zuschuss der Firma Lapp. Mehrfach habe man die Maßnahme zeitlich geschoben.

Die Gewerbegebiete müssen sinnvoll erschlossen werden, so Stadtrat **Rothacker** und merkt an, dass die Gewerbetreibende für die Steuereinnahmen sorgen. Die Wirtschaft müsse, gerade in der jetzigen Zeit, gefördert werden. Er wird der Vorlage zustimmen.

Fördermittel und Zuschüsse sollte man nicht verstreichen lassen, fügt Stadträtin **Liepins** hinzu und geht auf die damals getroffenen einstimmigen Beschlüsse ein. Der Schwerlastverkehr müsse

künftig nicht mehr durch Weststadt geführt werden. Zudem sei die Anschlussstelle der Autobahn auf die Weststrandstraße ausgerichtet. Die Maßnahme solle nicht weiter geschoben werden. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Gericke** merkt an, dass sie sich nicht gegen die Weststrandstraße an sich stellen wolle. Jedoch sehe sie diese Maßnahme hinsichtlich der momentanen umfangreichen Einsparmaßnahmen als nicht vertretbar an.

BM **Ilk** geht auf die Beschlüsse ein und merkt an, dass genügend Interessenten für erschlossene Grundstücke vorhanden seien. Er stellt die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 5

Sanierung Krematorium, Schmidener Straße 22

Vorl.Nr. 258/20

Beschluss:

Der Vergabe der zusätzlichen Arbeiten im Zuge der Sanierungsarbeiten an der Rauchgasreinigungsanlage sowie bei der Neuausmauerung der Ofenlinie am Krematorium Schmidener Straße 22 in Ludwigsburg-Obweil in Höhe von 152.057,-- € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) teilt mit, dass die fachliche Zuständigkeit mittlerweile beim Fachbereich Tiefbau und Grünflächen liege. Transparenzhalber seien alle Kosten aufgeführt. Nach der Sanierung habe man eine neuwertige Anlage.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Rothacker** fragt nach dem Inhalt des Auftrages „Schauinsland“, welcher gegengerechnet werde.

Stadtrat **Klotz** geht auf die Darstellung der Kosten ein und wünscht hierzu weitere Informationen.

Unvorhergesehene Kosten werden in anderen Bereichen auch anfallen, gibt Stadträtin **Dr. Knoß** zu bedenken. Die Maßnahme müsse durchgeführt werden.

Frau **Schmidtgen** geht auf die offenen Fragen ein. Die Restmittel zur Erschließung des Gebietes „Schauinsland“ können umgeschichtet werden. Bereits im Jahre 2019 sei ein Teil der Sanierung vorfinanziert worden.

BM **Iik** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 6

Zuschuss Fachstelle Wohnungssicherung

Vorl.Nr. 219/20

Beschluss:

Anpassung des Zuschusses der Fachstelle Wohnungssicherung ab 2021 mit einer fortlaufenden Dynamisierung entsprechend der tariflichen Lohnerhöhung des Vorjahres. Die Deckung hierzu erfolgt aus dem Budget des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) geht auf die Vorlage ein.

Frau **Palmer** (Fachstelle Wohnungssicherung) informiert ergänzend über die Fallzahlen.

BM **Iik** dankt für die geleistete Arbeit und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** stimmt der Vorlage gerne zu und spricht ihren Dank aus. Die Arbeit sei wichtig und hochkomplex.

Obdachlosigkeit werde verhindert, so Stadträtin **Seyfang** und bedankt sich für die geleistete Arbeit. Weiter fragt sie nach den Auslegestellen der Flyer.

Stadtrat **Rothacker** ist von der guten Erfolgsquote begeistert und wird der Vorlage zustimmen. Aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise vermutet er künftig mehr Fälle.

Stadtrat **Maier** dankt ebenso. Die Zahlen sprechen für sich und man erkennt einen Mehrwert der sozialen Arbeit.

Stadträtin **Knecht** sieht die Arbeit als eine selbstverständliche gesellschaftliche Pflicht an und spricht ihren Dank aus. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Müller** lobt die hervorragende Arbeit und weist auf eine künftige Zunahme der Fälle hin. Während der Pandemie seien zudem teilweise Mietstundungen erfolgt. Weiter geht er auf den Wohnraumnotstand ein.

Frau **Palmer** geht auf die offenen Fragen ein. Die Zugangswege seien sehr unterschiedlich. An vielen Stellen, unter anderem im Rathaus, Jobcenter, Caritas, sowie Kirchengemeinden seien Flyer ausgelegt. Weiter könne man sich über die Homepage informieren.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 7	Entwicklungsstrategie ÖPNV, hier: Vergabebeschluss Planungsleistungen Bus-Rad- Trasse (Vorberatung)	Vorl.Nr. 178/20
-------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

geänderte Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, dem Bieter mit dem jeweils wirtschaftlichsten Angebot je Vergabe-Los den Zuschlag für Planungsleistungen zur Bus-Rad-Trasse (Leistungsphasen 1-4) zu erteilen. Der Aufhebung der haushaltswirtschaftlichen Sperre für diese Maßnahme wird zugestimmt.
2. Hierfür werden im Fachbereich Nachhaltige Mobilität Mittel in Höhe von 2.500.000 Euro bereitgestellt. Zeichnet sich eine Überschreitung der Gesamtsumme ab, erfolgt eine frühzeitige Beratung und Entscheidung der Gremien.
3. *Der Antrag Nr. 265/20 der FDP-Fraktion findet Eingang in die Planung.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Der geänderte Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Hierzu laufen noch Gespräche, erinnert BM **Ilk**.

Herr **Knobloch** informiert über das Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Das Wortkürzel „BRT“ sei vorbelastet. Hier solle ein anderer Begriff gesucht werden. Die Trasse entspreche weitgehend der früher angeregten Schnellbustrasse, welche die Stadtbahn ersetzen sollte. Jetzt solle lediglich der Busverkehr beschleunigt werden. Man wolle spürbar und stückweise den Stadtraum verbessern. Für die Planungen seien 2,5 Millionen Euro vorgesehen. Erste Abschnitte könnten bereits 2022 gebaut werden.

Stadträtin **Knecht** geht auf ihren Antrag ein. Sie spricht sich gegen die Pläne zur Stadtbahn in Richtung Oststadt und Obweil aus. Der Nahverkehr solle gestärkt und die Busse beschleunigt werden, so Knecht. Sie fordert die Mobilitätswende und wünscht ein Gesamtkonzept unter Beachtung aller Verkehrsteilnehmer und Stärkung des ÖPNV.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht davon aus, dass die Planungen schnell überholt und Gelder hierfür verschwendet seien. Sie spricht mehrfach die prekäre Haushaltslage an und erinnert an dringlichere Maßnahmen, wie der Radweg zum Bildungszentrum West, die Sanierung der Bismarckstraße, das längst beschlossene und noch nicht gebaute zweite Fahrradparkhaus, barrierefreie Bushaltestellen, die dringend nötig seien oder an die Hoferstraße, über die der Busverkehr beschleunigt werden könnte. Die Schlachthofstraße, als hochfrequentierte Achse, solle bei den Radwegen mitgedacht werden, wie auch die Grönerstraße. Sie wünscht vom Gremium ein klares Bekenntnis zum Bus- und Radverkehr. Lange Forderungen sollen konkret umgesetzt werden. Dem FDP-Antrag könne sie zustimmen. Jedoch werde sie der Vorlage nicht zustimmen.

Aufgrund der Pandemie seien viele von Bus und Bahn wieder auf das Auto umgestiegen, so Stadtrat **Herrmann**. Seine Fraktion wolle den Busverkehr beschleunigen und die Planungen für die Bus-Rad-Trasse voranbringen, jedoch das Autofahren nicht verbieten. Das Wort „BRT“ klinge für ihn nicht negativ. In drei Jahren werde man deutliche Verbesserungen spüren, so Herrmann. Durch die Reaktivierung erreiche man viel. Zudem weist er auf die Erstattung der Planungskosten durch das Land hin.

Über die Haltung der Grünen-Fraktion zeit sich Stadtrat **Rothacker** verwundert. Man brauche eine Gesamtplanung für alle Verkehrsteilnehmer. Eine stückweise Umsetzung begrüßt er. Die Planungskosten werden durch Steuergelder gefördert. Die Busse müssen schneller durch die Stadt kommen, so Rothacker. Der ÖPNV befördere viele Fahrgäste und solle als Verkehrsmittel vorgebracht werden.

Stadtrat **Maier** signalisiert seine Zustimmung. Die Verkehrswende dürfe nicht ausgebremst werden. Die Planungen müssen vorgehen. Bus und Stadtbahn sollen vernetzt geplant werden. Die Förderfähigkeit sei gut und solle ausgeschöpft werden. Ebenso positiv sehe er die Kooperation mit Remseck. Synergieeffekte sollen genutzt und einzelne Etappen vorangetrieben werden. Man solle sich nicht in Detaildiskussionen verlieren, appelliert er. Die Signaltechnik müsse ständig nachjustiert werden. Dem Antrag der FDP-Fraktion könne er zustimmen.

Stadträtin **Knecht** fordert die Mobilitätswende und wünscht ein Gesamtkonzept unter Beachtung aller Verkehrsteilnehmer und Stärkung des ÖPNV. Überrascht zeigt sie sich über die Haltung der Grünen-Fraktion.

Stadtrat **Müller** wird der Vorlage zustimmen und wünscht einen attraktiven ÖPNV. Er sieht hierin Fortschritte in der Stadtentwicklung. Die Kalkulation der Planungskosten im Verhältnis zur Förderung irritiert ihn.

BM **Ilk** und Herr **Knobloch** gehen auf die offenen Fragen ein. Für das Fahrraddeck gebe es konkrete Pläne. Hierzu laufen Gespräche mit dem Betreiber. Für die Sanierung der Bismarckstraße werden Fördermittel beantragt. Zudem werde der Radweg zum Bildungszentrum West verbessert. Die verkehrlichen und die städtebaulichen Themen werden verknüpft.

Stadträtin **Liepins** geht auf die umfangreichen Projekte, sowie die erforderlichen Einsparmaßnahmen ein. Ein barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen werde weiterhin gewollt. Die BRT-Namensgebung führe zu Verwirrungen und solle begrifflich geändert werden. Das Projekt solle vorgebracht werden.

BM **Ilk** lässt über den Antrag Nr. 265/20 der FDP-Fraktion abstimmen. Dieser wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Danach formuliert BM **Ilk** eine geänderte Beschlussempfehlung, wie oben kursiv eingefügt und lässt über diese abstimmen.

Antragstext:

Antragsänderung im Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, für die Ost-West-Querung des Stadtgebietes bei folgenden BRT-Korridoren in die vertiefende Prüfung und Planung einzusteigen:

Korridore C + D

Weststadt: Bahnhof/ZOB – Hoferstraße – Grönerstraße – Waldäcker (Korridor C der Variantenprüfung)

ZOB (Westausgang) – Schwieberdinger Straße – Waldäcker (Korridor D der Variantenprüfung)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend. Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt

- 1.) Die Gründung des Zweckverbands „Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg“

- 2.) Die Annahme der Verbandssatzung für den Zweckverband „Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg“.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Der Kreistag habe die Satzung auf den Weg gebracht, so BM **Ilk**. Mit einer überwiegenden Mehrheit sei diese verabschiedet worden. Der Wunsch sei ein schnelles und zügiges Vorgehen. BM Ilk weist auf die geänderte Fassung hin und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** zeigt sich irritiert über die Enthaltung der Ludwigsburger FDP-Fraktion im Kreistag und fragt nach den Hintergründen. Es habe in der schrittweisen Umsetzung immer ein Konsens bestanden. Sie möchte nicht nur ein reaktiviertes Gleis, sondern eine gemeinsame Betrachtung. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Herrmann** lobt die Verwaltung. Er hofft, dass die Reaktivierung nicht lange geplant, sondern in Abschnitten vorgegangen werde und weist auf die gute Fördersituation hin. Das Gesamtprojekt Stadtbahn müsse weiterhin möglich sein. Weiter geht er auf die verschiedenen Anträge und auf ein Vorziehen des Projektes ein.

Stadtrat **Rothacker** steht zum Zweckverband. Im ersten Schritt solle die Strecke mit den meisten Fahrgästen realisiert werden.

Die Strecke Markgröningen-Möglingen-Ludwigsburg solle in einem gemeinsamen Vorgehen der beteiligten Kommunen vorangetrieben werden, wünscht Stadträtin **Liepins**. Die SPD Vertreter der beteiligten Kommunen wollen einen Zweckverband.

Priorität habe die Markgröninger Bahnlinie, so Stadträtin **Knecht**. Kritisch werden die weiteren schienengebundenen Verkehre in der Oststadt gesehen. Deshalb haben sich die Kreisräte hierzu enthalten.

Stadtrat **Müller** signalisiert seine Zustimmung. Er sehe eine zeitliche Gefahr in der gesamtheitlichen Antragstellung beim Zuschussgeber, sowie in der Planung und wünscht klar formulierte Ziele und eine Priorisierung der Aufgaben.

Eine gewisse Priorisierung stehe fest, merkt BM **Ilk** an und lässt über die Vorlage abstimmen.

Im Anschluss beendet BM **Ilk** den öffentlichen Teil der Sitzung.